

GZ 7836/18-9c/98

Rechtsanwalt
Dr. Reinhard KOHLHOFER
Fasangartengasse 35
A-1130 Wien



BUNDESMINISTERIUM
FÜR UNTERRICHT
UND KULTURELLE
ANGELEGENHEITEN

Minoritenplatz 5
A-1014 Wien

Tel. +43-1/531 20-0
Fax +43-1/531 20-

Antrag der Zeugen Jehovas;
Erwerb der Rechtspersönlichkeit
gemäß § 2 Abs. 1 RRBG 1998

B e s c h e i d :

Aufgrund des am 17. 6. 1987 gestellten Antrages der Zeugen Jehovas, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Reinhard Kohlhofer, Fasangartengasse 35, 1130 Wien, auf Anerkennung gemäß dem Gesetz RGBl. Nr. 68/1874, ergeht nachstehender

S p r u c h :

Das Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten stellt gemäß § 2 Abs. 3 des Bundesgesetzes über die Rechtspersönlichkeit von religiösen Bekenntnisgemeinschaften, BGBl. I Nr. 19/1998 (RRBG) fest:

Die religiöse Bekenntnisgemeinschaft "Jehovas Zeugen" hat mit Wirksamkeit vom 11. Juli 1998 gemäß § 2 Abs. 1 RRBG Rechtspersönlichkeit erworben. Sie ist daher berechtigt sich als "staatlich eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaft" zu bezeichnen.

Die nach außen vertretungsbefugten Organe (§ 2 Abs. 3 leg. cit.) sind:

Jedes Mitglied des Vorstandes.

Begründung:

Gemäß § 11 Abs. 2 RRBG sind Anträge auf Anerkennung als Religionsgesellschaft aufgrund des Anerkennungsgesetzes 1874, RGBl. 68/1874, als Anträge gemäß § 3 RRBG zu werten.

Gemäß § 2 Abs. 1 RRBG erwerben religiöse Bekenntnisgemeinschaften Rechtspersönlichkeit nach diesem Bundesgesetz durch Antrag beim Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach dem Einlangen dieses Antrages - wobei der Tag des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes als Tag der Einbringung gilt - wenn nicht innerhalb dieser Frist ein Bescheid über die Versagung der Rechtspersönlichkeit (§ 5) zugestellt worden ist.

Die Zustellung eines Versagungsbescheides ist nicht erfolgt.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist kein ordentliches Rechtsmittel zulässig.

Hinweis

Gegen diesen Bescheid kann binnen sechs Wochen ab Zustellung Beschwerde an den Verwaltungs- und/oder Verfassungsgerichtshof erhoben werden. Sie muß von einem Rechtsanwalt unterschrieben sein.

Wien, 20. Juli 1998

Für die Bundesministerin:

Dr. Jisa

F.d.R.d.A.:

